

Propst Dr. Karl-Heinrich Melzer

**„Kirche ohne Obrigkeit. 100 Jahre Trennung von Staat und Kirche
und die Folgen für die Evangelische Kirche“**

Hamburg, Hauptkirche St. Jacobi, 8. Februar 2019

Kommentar zum Impuls von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hartmut Lehmann

|

Ein kurzes Zitat zu Beginn – ein paar Zeilen aus einem kleinen Gedichtband. Das Gedicht ist überschrieben „Der neunte November 1918“

***Was man auch reden und schreiben mag
über den neunten Novembertag –
darin sind einig die Zeitberichte:
Der schwärzeste Tag ist's in der deutschen Geschichte.
So trüb und so traurig und so voller Schmach,
wie niemals ein anderer Tag.***

....

***Es war wie der Wahn eines schlimmen Traums:
die Axt an der Wurzel des stolzen Baums,
des Baums, der sich so lange bewahrt,
seine Eichenart in der Eigenart:
Kraft, Seele und Leben, als herrlicher Baum
vom Schöpfer gestellt in den Weltenraum. –***

***Und diese Eiche der Axt erlag
an jenem schwarzen Novembertag.
Untreue hat sie schnöde gefällt,
der feiger Verrat sich zugesellt,
undeutsche Gesinnung und Ehrlosigkeit,
– o Schande, die ewig zum Himmel schreit –***

***Wenn dieser Eiche kein Retter ersteht,
der einen Eichenwald der Deutschen sät,
schafft, sät, pflanzt ein deutsches Geschlecht,
das die Novemberschande rächt,
Treibbruch, Schurkerei und Verrat.
– Wann kommt der Retter, der Mann der Tat? –***

Ein schrecklicher Text. Geschrieben hat dieses Gedicht mein Urgroßvater. Meine Mutter beschreibt ihn als einen „zugewandten, freundlichen Großvater“. Seine Zeitgenossen, so ist verbürgt, schätzten ihn, den Rechnungsdirektor, zugleich als „liebenswürdigen Dichter“¹, engagierten Lokalpolitiker und aufrechten Christenmenschen – evangelisch, deutsch-national und kaisertreu². Viele Jahre war er für die DNVP Stadtverordneter in Kassel, immer war er auch Mitglied des Kirchenvorstands seiner Kirchengemeinde.

Ich habe diesen Text gewählt, weil er – unmittelbar biografisch – deutlich macht, was strukturell den Mainstream des deutschen Protestantismus nach dem 1. Weltkrieg auszeichnete.

Als 1919 die Trennung von Staat und Kirche vollzogen wurde, sahen viele Protestanten die Weimarer Republik als Gegner des Christentums. Die Mentalität der Mehrheit der Protestanten war im Kaiserreich stehen geblieben: deutsch-national, völkisch und antisemitisch. Die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg sei durch andere verursacht worden – Sozialisten und Juden. Das, was die Verfassung von Weimar ausmachte – auch bürgerliche Freiheiten, Grundrechte, Demokratie – blieb im Kernbereich des Protestantismus ein Fremdkörper. Und bereits am Ende des Kaiserreiches scheint die Suche nach einer neuen, starken „Führerpersönlichkeit“ (vgl. auch den Text des Gedichts) angelegt gewesen zu sein³.

Das Jahr 1933 hat genau diese Sehnsucht zu befriedigt. Und zugleich „zeigte sich, dass die Demokratie ohne festen Rückhalt bei den Kirchen und der Mehrheit der Christen der Diktatur der Nationalsozialisten und ihren Versprechen am Ende nichts mehr entgegenzusetzen hatte.“⁴

Der Verweis auf die „Bekennende Kirche“ (BK) hilft in dieser Beziehung nur wenig. Im Kern war dieser Teil der evangelischen Kirche – der übrigens nie die Mehrheit des Protestantismus repräsentierte – zunächst eine theologisch getriebene Bewegung: Es ging darum, einer staatlichen Übergriffigkeit auf die Kirche zu widersprechen und sich gegen eine bestimmte Interpretation der biblischen Tradition zu wehren. Das heißt im Umkehrschluss – man konnte durchaus der BK angehören und dennoch wesentliche Aspekte der NS-Politik gut heißen.

¹ https://orka.bibliothek.uni-kassel.de/viewer/fulltext/1289911336242_0038/17/

² Karl Johann Kreiß * 8.1.1866 Gelnhausen, † 8.3.1945 Gelnhausen, evangelisch, Rechnungsdirektor, Stadtrat, Abgeordneter 1888 Umzug nach Kassel

berufl. Laufbahn: Kastenassistent bei der Landesdirektion, Sekretär bei der Hessischen Brandversicherungsanstalt, Landesbüroinspektor.

2.3.1919-6.1924 Stadtverordneter in Kassel, 1921-1925 Mitglied des Kurhessischen Kommunallandtags des preußischen Regierungsbezirks Kassel bzw. des Provinziallandtages der preußischen Provinz Hessen-Nassau für die Stadt Kassel, dort 1921 Mitglied des Legitimationsprüfungsausschusses, 1922 und 1925 Mitglied des Hauptausschusses, 1923 Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses, 1921 stellvertretendes Mitglied des Landesausschusses (Hessische Arbeitsgemeinschaft), 1924 Spitzenkandidat der DNVP bei den Wahlen zur Kasseler Stadtverordnetenversammlung, 16.6.1924-30.3.1933 unbesoldeter Stadtrat in Kassel

1930 Rechnungsdirektor und Stadtrat in Kassel, 1940 Ruhestand, blieb aber Stadtrat, 1.12.1943 Umzug nach Gelnhausen (<https://www.lagishessen.de/en/subjects/rsrec/sn/bio/register/person/entry/kreiss%252C%2Bjohann%252A%2Bkarl%252A%2Bgottlieb>).

³ Das Thema der legitimen „Obrigkeit“ bzw. der illegitimen Obrigkeit spielt auch hier eine große Rolle – dieses Thema kann allerdings in diesem Zusammenhang nicht näher beleuchtet werden. Wiewohl gerade die lutherisch geprägte Theologie des 19. Jahrhunderts diese Thematik „wiederentdeckt“ hatte.

⁴ Cornehl, Peter: Das Reformationsjubiläum im vierten Kriegsjahr 1917. Ein kritischer Rückblick angesichts aktueller Herausforderungen, in Pastoraltheologie 104 Jg. (2015), S. 154f

Und auch in den Jahren nach 1945 war es noch ein langer Weg, bis die Evangelische Kirche zu einem anderen Verständnis von Staat, Gesellschaft und Nation fand. Denn nach 1945 zeigte sich die Kirche zwiespältig.

Mancher Kirchenleitende hätte nach 1945 nur allzu gerne die NS-Zeit und die Weimarer Republik ausgeblendet und wieder im Kaiserreich angeknüpft. Selbst Otto Dibelius, Mitglied der BK und nachmaliger Berliner Bischof fiel es schwer, sich von obrigkeitlichen Modellen des Staatsaufbaus zu trennen.

Andere Repräsentanten konnten dem neuen Staat nach 1949 durchaus etwas abgewinnen – doch war eine eindeutige Positionierung des Protestantismus zum demokratischen Staat lange nicht möglich.

Der Weg zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte und der Beginn einer neuen Verhältnisbestimmung zur Demokratie wurde erst in den späten 1960er Jahren beschritten. Unsere Kirche brauchte nach dem Ende der NS-Herrschaft mehr als zwei Jahrzehnte, um zu einem klaren Bekenntnis zu Demokratie, pluraler Gesellschaft und der Idee eines friedlichen Europa über den ‚Eisernen Vorhang‘ hinweg zu finden.

Entscheidende Etappen waren die deutsch-polnische Versöhnung, die von polnischen Bischöfen initiiert wurde, sowie die Ost- und die Demokratiedenksschrift der EKD. Und dann natürlich die studentische Protestbewegung und ihre Rezeption in der jüngeren Generation der Pastorinnen und Pastoren sowie engagierter Laien durch die Kirchentage und Kirchenreformbewegungen.

Doch bis in die 70er Jahre hinein gab es viel Verdrängung, Beschönigung usw. Wir sind erst in den letzten 25 Jahren mit der selbstkritischen Aufarbeitung wirklich vorangekommen. Übrigens selbst in der jüngsten Zeit gibt es immer wieder Momente, die überraschen. Wenn historische Aufarbeitung auf persönliche Erinnerung trifft, dann kommt es gelegentlich (auch heute noch!) zu fatalen Reduktionen der Realität: „... er war ein netter Mensch“ – das reicht nicht! Denn die historische Aufarbeitung erspart mir nicht die Erkenntnis, dass mein Urgroßvater in fataler Weise geirrt hat.

Dass die „Demokratiedenksschrift“ („Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“) erst aus dem Jahr 1985 stammt, sei hier – etwas verschämt – auch noch erwähnt.

Unser Versagen als Kirche in der Vergangenheit verpflichtet uns heute umso mehr, für ein friedliches Miteinander und die Unantastbarkeit der Würde eines jeden Menschen einzutreten. Das heißt auch, sich einem Rechtspopulismus entgegen zu stellen, der diese Werte wieder infrage stellt. Die Würde aller Menschen ist nicht verhandelbar. Und auch die Wege des Friedens und der sozialen Sicherung – auch des Friedensprojekts Europa – dürfen nicht klein geredet werden bei gleichzeitiger Umdeutung der Erkenntnisse über unsere jüngste deutsche Geschichte.

Dem Anlass gemäß, richtet sich der Blick natürlich zunächst auf die gerade vergangenen 100 Jahre. Doch es braucht eigentlich immer wieder Tiefenbohrungen, um zu begreifen, was sich in der jüngsten Geschichte ereignet hat. In Anbetracht der Kürze der Zeit dazu wenigstens drei Anmerkungen:

Die biblische Tradition – Evangelien wie auch Paulus – weiß um die grundsätzliche Spannung zwischen dem entstehenden Christentum des 1. Jahrhunderts und den staatlichen Autoritäten. Der Versuch, diese Spannung zu lösen, endete in einer gegenseitigen Vereinnahmung, die Jahrhunderte anhalten wird. Mit dem ausgehenden 4. Jahrhundert begann in der westlichen Kirche diese Zeit der gegenseitigen Vereinnahmung – das Christentum als Staatsreligion. Aus den Verfolgten wurden machtvolle Verfolger. Die nun einsetzende Geschichte ist immer auch die, die davon erzählt, wer wen gerade mehr dominierte: Der Staat die Kirche, die Kirche den Staat.

Der Versuch, die Autonomie der Verkündigung zu sichern – die biblische Botschaft von Tradition und Hierarchie zu befreien –, führte im 16. Jahrhundert zunächst zu den landesherrlichen „Notbischöfen“. Daraus entwickelte sich schließlich das landesherrliche Kirchenregiment und schließlich endete dieses in der fatal engen Verbindung von Thron und Altar. Das ist nicht Luthers Anliegen gewesen, aber Luther hat mit seiner Haltung hierzu durchaus die Türen geöffnet.

Die als Krisenjahre empfundene Zeit nach 1918 – eben der Verlust der Einheit von Thron und Altar – hat erst mit einer fatalen Verspätung dazu geführt, dass sich Protestantismus und demokratischer Staat versöhnen konnten.

Diese Geschichte gilt es immer wieder zu erinnern, um zu begreifen, welcher Gewinn es für die Kirche – aber auch für den Staat - bedeutet, dass es heute in Deutschland keine Staatskirche mehr gibt.

Um es deutlich zu sagen: Ich bin froh, in einem Land zu leben, in dem die Trennung von Kirche und Staat gilt (es gibt keine Staatskirche!). Mir ist aber ebenso wichtig, dass wir nicht in einem laizistischen Staat leben – also quasi in einer Exklusion der Kirche aus dem öffentlichen Geschehen.

Deutschland hat sich vielmehr eine Verfassung gegeben, die die Religionen als einen wichtigen Teil der Kulturen anerkennt und ihnen Raum und Gelegenheit für ihren Dienst in der Verkündigung und der Nächstenliebe gibt.

Aber auch das Umgekehrte gilt: dieses Land schützt in gleicher Weise die Freiheit eines jeden einzelnen, sich von dieser Kirche zu distanzieren und sie zu negieren. Auch das gehört – zum Glück! – zu einem modernen demokratischen Staat dazu.

Um es etwas pointierter zu sagen: Ich bin der Überzeugung, dass die Freiheit des kirchlichen Dienstes, die Freiheit der Verkündigung durch das Grundgesetz besser geregelt ist als es viele Jahrhunderte lang der Fall war. Diese Freiheit zu nutzen ist allerdings eine Aufgabe, der sich die Kirche immer wieder neu stellen muss.

III

Ein Wort noch zu der Zusammenarbeit von Staat und Kirche.

Kirche ist immer Teil der Polis, nicht ihr Gegenüber. Ihre Verkündigung geschieht nie in den luft- und geschichtsleeren Raum hinein. Alles, was uns gesagt ist, spricht hinein in konkrete geschichtliche und Lebens-Situationen konkreter Menschen. Evangelium ist immer Sache der Polis, der Öffentlichkeit, ist immer öffentliche Einmischung - auch mit der öffentlichen Rede, der Predigt.

Ja, Kirche und Staat arbeiten zusammen!

Doch entspringt diese Zusammenarbeit der Freiheit beider – keiner ist „Erfüllungsgehilfe“ des anderen. Der Staat sorgt dafür, dass bestimmte Leistungen für seine Bürgerinnen und Bürger in Nähe und Vielfalt durch die entstehenden Kräfte der Gesellschaft getragen werden. Das entspricht dem Prinzip Subsidiarität. Kirchliche Träger tragen ihren Teil zur Gesellschaft bei – soweit und sofern diese Aufgaben dem kirchlichen Auftrag entsprechen.

Diese besondere deutsche Variante der Zusammenarbeit hat ein Verfassungsrechtler einmal als „ausbalancierte Trennung“ (Böckenförde) bezeichnet⁵.

Nein, Kirche und Staat sind nicht immer einer Meinung!

Der Maßstab kirchlichen Redens orientiert sich an der biblischen Tradition – jeweils in Verantwortung für die aktuelle Situation.

Wenn Kirche das tut – dann ist das zwar gelegentlich „parteilich“, aber keine Parteipolitik. „Parteisein“ ist Aufgabe der Kirche. Allerdings muss sie sich immer die Frage nach ihren Maßstäben gefallen lassen. Nicht der Zeitgeist kann Maßstab sein, sondern die biblische Tradition. Insofern wäre mir vor einer Kirche angst und bange, die sich nicht mehr zu Themen unserer Gesellschaft äußert.

Genauso wäre es ein Rückfall, wenn kirchliche Äußerungen sich nicht mehr an der biblischen Tradition orientierten, sondern sich allein vom Zeitgeist treiben ließen. Damit wäre ich dann wieder am Anfang meine Ausführungen – bei meinem Urgroßvater. Gerne hätte ich einmal mit ihm über seinen schrecklichen Gedichtband gesprochen. Doch er starb im März 1945 – ob er wohl zum Schluss geahnt hat, wohin sein Weg geführt hat?

⁵ Verfassungsrechtlich auch als „hinkende Trennung“ (Stutz) bezeichnet.

